

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Landesärztin oder eines Landesarztes für psychische und seelische Gesundheit mit Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Einführung der Position der/des ehrenamtlichen Landesärztin/Landesarztes nach §35 SGB IX schnellstmöglich zu prüfen und diese als Landesärztin/Landesarzt für psychische und seelische Gesundheit mit einem besonderen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche zu definieren.

Begründung:

Gemäß §35 SGB IX können in den Bundesländern Landesärztinnen/Landesärzte bestellt werden, die über besondere Erfahrungen in der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen verfügen. Diese Landesärztinnen/Landesärzte haben insbesondere die Aufgabe, Gutachten für die Landesbehörden und die zuständigen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe in schwierigen oder grundsätzlichen Fällen zu erstellen. Darüber hinaus beraten sie die obersten Landesbehörden bei der Erstellung von Konzeptionen, Situations- und Bedarfsanalysen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und initiieren selbst entsprechende Maßnahmen. Sie unterrichten die Landesbehörden regelmäßig über Art und Ursachen von Behinderungen, notwendige Hilfen und den Erfolg der erbrachten Leistungen zur Teilhabe.

Bis 2021 war die Position der ehrenamtlichen Landesärztin/des ehrenamtlichen Landesarztes in Berlin, die/der sich auf die Belange von Kindern und Jugendlichen fokussierte, besetzt. In Bezug auf die psychische Gesundheit und seelische Behinderungen von Minderjährigen spielte die Position eine zentrale Rolle in der Beratung der/des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung. Sie ermöglichte es auch, die Belange der Kinder- und Jugendpsychiatrie gezielt

in die Arbeit des Landesbeirats für psychische Gesundheit einzubringen und konnte als Stimme für die betroffenen jungen Menschen fungieren.

In den letzten Jahren sind neben der Corona-Pandemie weitere Krisen und gesellschaftliche Herausforderungen aufgetreten, die die psychische Gesundheit junger Menschen erheblich belasten. Dazu zählen der zunehmende soziale Druck, die Klimakrise, wirtschaftliche Unsicherheiten und die steigende digitale Belastung. Diese Faktoren haben zu einem signifikanten Anstieg von psychischen Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen, Essstörungen und Mediensucht geführt.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es dringender denn je, die Position der Landesärztin/des Landesarztes wieder zu besetzen. Die Landesärztin/der Landesarzt kann als beratende Stimme für den Senat fungieren und sicherstellen, dass die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen adäquat berücksichtigt werden. Es ist unerlässlich, dass diese Position schnellstmöglich wieder besetzt wird, um die nötige politische Legitimation und organisatorische Unterstützung für die umfangreiche Arbeit in diesem Bereich sicherzustellen.

Berlin, 3. Juni 2025

Stettner Zander
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh König
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD